

Einladung zur Infoveranstaltung

Mordanschlag durch HoGeSa-Nazis in Wuppertal

Dimensionen rechter Gewalt

Vorgehen der Polizei

Wir reden darüber

mit

Lenard Suermann (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, (Arnsberg)

Mohamed Abodahab, Interessenverband Wuppertaler Moscheen

Freund*innen des Autonomen Zentrums

Gunhild Böth (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE Wuppertal, Mitglied im Polizeibeirat)

Axel Frevert (Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Wuppertal)

Frank Herrmann (Piratenfraktion im Landtag NRW, Sprecher in Innenausschuss)

Donnerstag, 11. Juni 2015, 19:00 Uhr

im Sitzungszimmer 2/3, Rathaus Barmen, 3. Etage

Am 11.04.2015 wurde ein Antifaschist mit türkischem Migrationshintergrund vor dem Autonomen Zentrum mit zahlreichen Messerstichen in den Rücken und zusätzlich mit stumpfer Gewalt lebensgefährlich verletzt. Die brutalen Angreifer waren HoGeSa-Nazis.

Die Täter haben das AZ ganz bewusst aufgesucht.

Es gibt - nicht nur in Wuppertal - eine neue, zutiefst besorgniserregend rassistische Entwicklung, da sich alte und neue Nazi-Hooligans und rechte Schläger*innen, die das Label „Hooligan“ für sich nutzen, zunehmend rassistisch politisieren und hoch gewalttätig agieren. Die rapide Zuspitzung dieses Gefahrenpotenzials muss thematisiert und in der

Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

Dieser Bedrohung gilt es gemeinsam und solidarisch entgegen zu treten!

Wie aus Opfern Täter gemacht werden

Die polizeilichen Ermittlungen nach dem Angriff sind aus vielfältigen Gründen heftig kritisiert worden. Obwohl es sehr schnell eindeutige Hinweise darauf gab, dass die Täter aus dem HoGeSa-Spektrum kamen, werden seitens der Polizei Vorladungen an Ersthelfer*innen und Zeug*innen als Beschuldigte zugestellt. Dies sogar noch Wochen nach der Festnahme eines geständigen Täters.

Das Verschweigen und Nicht-Benennen von Rassismus, das Bezeichnen von rechter Gewalt als "rechts/links - Auseinandersetzung" sowie die Kultur des Tolerierens und Wegschauens trägt dazu bei, Dimensionen rechter Gewalt zu verharmlosen und führt zu einem weiteren Erstarren menschenfeindlicher Bewegungen jeglicher Art.

Rechte Gewalt muss benannt werden!

Durch die bereits genannten Diffamierungsstrategien, die bis heute nicht revidiert worden sind, wird versucht, eine breite Solidarität zu verhindern. Dies soll nicht gelingen!

Wir laden zu dieser Veranstaltung herzlich ein.



„Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.“